



Nr. 45

17. November 2011

Inhalt:

[dbb lehnt ab: Steuersenkung auf Pump verbietet sich+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[BBW zu Sparplänen der Landesregierung: Bereit zur Konfrontation+++](#)

[dbb nrw mit neuem Internet-Auftritt+++](#)

[sbb schlägt Alarm: In Sachsen droht Bildungsnotstand+++](#)

[DBSH-Protest gegen Verurteilung von ungarischem Sozialarbeiter+++](#)

[Polizeigewerkschaft fordert lückenlose Aufklärung rechtsextremer Mordserie+++](#)

[VBE für Bildungsinvestitionen statt Steuersenkung+++](#)

[Philologenverband verschärft Kritik an „Schultrojaner“-Vertrag+++](#)

[VDR zur Bildungskonferenz „PISA 2000-2009“: Deutschland muss Vergleich nicht scheuen+++](#)

Namen und Nachrichten +++

aktuell

Informationsdienst des dbb

dbb lehnt ab: Steuersenkung auf Pump verbietet sich

(dbb) Der dbb lehnt Steuersenkungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab. Diese seien „Wahlhilfe, die Kinder und Enkelkinder bezahlen müssen“, schreibt der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Dieter Ondracek in einem Gastbeitrag für die „Mittelbayerische Zeitung“ (Ausgabe vom 14. November 2011) zu den Ankündigungen von Union und FDP. Eine Einstellung nach dem Motto „Nach mir die Sintflut“ sei aber „keine Wahlempfehlung, sondern das Gegenteil“. Die öffentlichen Kassen könnten keine Steuersenkung verkraften.

„Der Schuldenstand des Staates insgesamt hat die zwei Billionen Euro überschritten. Trotz der historisch niedrigen Zinssätze muss allein der Bund jährlich über 40 Milliarden Zinsen zahlen. Ein Zinsanstieg von nur einem Prozent, der in der Zukunft sicher kommen wird, bedeutet jährliche Mehrausgaben für die öffentlichen Kassen in Höhe von 20 Milliarden Euro“, rechnet Ondracek vor. Dabei seien die Beträge, die durch die Steuersenkung beim einzelnen Bürger ankommen, minimal. „Bei Bürgern, die mit ihrem Einkommen in der Nähe des Existenzminimums sind, sind dies im Jahr 2013 gerade mal 14 Prozent von 350 Euro, also 49 Euro jährlich oder 4,08 Euro monatlich. Der alleinstehende Spitzenverdiener mit mehr als 250 000 Euro würde jährlich 360 Euro oder monatlich 30 Euro mehr in der Tasche haben. Dafür müssen unsere Kinder und Enkelkinder von

den sechs Milliarden Euro Schulden, die die ‚Steuersenkung‘ kostet, auf Dauer jährlich 180 Millionen Zinsen bezahlen. Eine Steuersenkung auf Pump verbietet sich“, so Ondraceks Schlussfolgerung.

Der dbb Vize kritisierte zugleich, die Regierungskoalition nehme hin, „dass sich ein kleiner Teil der Steuerzahler an der Kasse vorbei drückt und Steuern hinterzieht. Anstatt die Steuerfahndung personell besser auszustatten und den Fahnderinnen und Fahndern international die Ermittlungsmöglichkeiten zu erweitern, wird mit der Schweiz eine Vereinbarung getroffen, die es unmöglich macht, Steuerhinterziehung aufzudecken und die hinterzogenen Steuern zu realisieren“, kritisiert Ondracek. (01/45/11)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

BBW zu Sparplänen der Landesregierung: Bereit zur Konfrontation

(dbb) Der Landeshauptvorstand des Beamtenbundes Baden-Württemberg (BBW), höchstes Beschlussgremium zwischen den Gewerkschaftstagen, hat am 10. November 2011 die Sparpläne der baden-württembergischen Landesregierung rundweg abgelehnt und Widerstand dagegen angekündigt. Grün-Rot will 2012 rund 130 Millionen Euro bei den Beamten einsparen, unter anderem durch die Verschiebung der Gehaltserhöhung und Einschnitte bei der Beihilfe. Der BBW-Landeshauptvorstand forderte die Landesregierung auf, das Sparpaket zurückzunehmen.

BBW-Chef Volker Stich hatte den „Stuttgarter Nachrichten“ (Ausgabe vom 10. November 2011) gesagt, sollte es bei den Vorschlägen bleiben, werde er dem Landeshauptvorstand eine Ablehnung der Sparvorhaben empfehlen. „Dann gehen wir auf Konfrontationskurs“, sagte Stich. Er verwies auf eine Umfrage unter 12.000 Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern des BBW. Darin hätten sich über 70 Prozent für eine „harte Haltung gegenüber der Regierung“ ausgesprochen.

Im Editorial der November-Ausgabe des „BBW Magazin“ schreibt Stich, er sehe sich von der neuen Landesregierung massiv in die Irre geführt. „Ich gestehe, ich bin bis ins Innerste empört, erbost und enttäuscht.“ Dabei, klagt Stich, sei angesichts unerwarteter Steuermehreinnahmen in Höhe von zwei Milliarden Euro genügend Geld da. Es werde nur an anderer Stelle mit dem Füllhorn an „vermeintliche Klientel“ ausgegeben, rechnet der BBW-Chef

vor: „Für einen behaupteten Sanierungsrückstau 500 Millionen Euro, für Bildungsprestigeobjekte wie die Gemeinschaftsschule in noch ungeahnter Höhe, für den Wegfall der Studiengebühren 250 Millionen Euro, für mehr Häuptlinge in den Vorzeigeministerien, für eine Kapitalaufstockung bei der EnBW in Höhe von 400 Millionen Euro und gegebenenfalls für den Ausstieg aus Stuttgart 21 bis zu 1,5 Milliarden

Euro, ohne dass auch nur eine Schraube erneuert wird.“ Bei alledem, so Stich, wüssten die Beamten nun, „wo das ihnen zustehende Geld hinfließen soll“. Die Empörung zielt vor allem auf die Grünen, die auch noch die Beamtenversorgung absenken wollten. Für diesen Fall droht Stich mit dem Gang nach Karlsruhe. (02/45/11)

dbb nrw mit neuem Internet-Auftritt

(dbb) Der dbb nrw präsentiert sich seit 16. November 2011 mit einem neuen Auftritt im Internet (www.dbb-nrw.de)

Die Website bietet Zugang zu sämtlichen Informationen und aktuellen Veröffentlichungen des dbb Landesbundes und seiner Untergliederungen. Dazu sagte Landesvorsitzender Meinolf Guntermann: „Aktuell und nah dran an den Themen, die unsere Mitglieder interessieren - das wollen wir künftig über unsere Webpräsentation deutlicher als bisher sicherstellen.“

Wichtiges Anliegen für den Landesvorstand sei die Einbindung der Kreis- und Stadtverbände im dbb in die Internetpräsentation, so Guntermann weiter. Die Verbände erhalten automatisch eigene Internetpräsentationen mit

eigenen Webadressen, wo sie sich vorstellen und eigene Inhalte veröffentlichen können. Vereinheitlichte E-Mail-Adressen vereinfachen den Kontakt mit den Kreis- und Stadtverbänden.

Die Website ist klar gegliedert in die Bereiche dbb nrw, Service, Recht und Beitritt. Auf der Startseite werden regelmäßig Informationen aus dem Landesbund Nordrhein-Westfalen und der Bundesleitung des dbb veröffentlicht. Auch aktuelle Meldungen der Fachgewerkschaften werden zu lesen sein. (03/45/11)

sbb schlägt Alarm: In Sachsen droht Bildungsnotstand

(dbb) Angesichts des Lehrermangels in Sachsen hat der Sächsische Beamtenbund sbb vor einem Bildungsnotstand im Freistaat gewarnt. „Die Politik muss jetzt endlich nachhaltig handeln“, sagte der stellvertretende Landesvorsitzende Gerhard Pöschmann am 15. November 2011 in Dresden. Sein Vorwurf: „Der Freistaat tut nicht wirklich etwas, um das Problem der Personalsituation zu lösen.“ Die Lage an den Schulen sei schon jetzt teilweise dramatisch, die Verhältnisse würden sich angesichts der Überalterung weiter verschärfen. „Wir denken, dass der Bildungsstandort langfristig in Gefahr ist“, sagte Pöschmann.

Pöschmann stellte für die Verbände, die im sbb organisiert sind, einen Sieben-Punkte-Plan vor. Die Vorschläge reichen von besserer Werbung um Studenten über eine Verbeamtung der Pädagogen bis hin zu Altersteilzeitregelungen, um Neueinstellungen zu ermöglichen. Angestellte Lehrer dürften im Vergleich zu ihren verbeamteten Kollegen nicht finanziell benachteiligt werden. Dabei sei auch über die Landesgrenzen hinaus zu blicken, weil die neuen Bundesländer schon jetzt um Kollegen aus dem Westen konkurrierten. Sachsen stehe

zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern bei der Bezahlung seiner Lehrer ganz hinten, machte Pöschmann klar.

Zudem sprechen sich die Verbände gegen die beschlossene Verkürzung des Referendariates aus, weil sie um die Qualität der praktischen Lehrerausbildung fürchten. Es gebe schon jetzt etwa Signale aus Bayern, solche Referendare nicht einzustellen. Pöschmann begründete den neuerlichen Vorstoß der Verbände mit den anstehenden Beratungen für den nächsten

Doppelhaushalt Sachsens. Einer im März veröffentlichten Analyse zufolge werden bis zum Jahr 2020 etwa 10 700 Pädagogen in Sachsen in den Ruhestand gehen, die meisten von ihnen schon ab 2015. Seither reißen die Forde-

rungen nach schnellen Veränderungen nicht ab. Bis 2010 mussten nahezu alle Lehrer in Sachsen in Teilzeit arbeiten.
(04/45/11)

DBSH-Protest gegen Verurteilung von ungarischem Sozialarbeiter

(dbb) Gegen die Verurteilung eines ungarischen Sozialarbeiters, der wegen seines beruflichen Engagements ins Gefängnis soll, hat der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH) protestiert.

„Seit bei den Wahlen in Ungarn am 11. und 25. April 2010 ein Bündnis der nationalkonservativen Fidesz und der nationalkonservativen / rechtspopulistischen KDNP eine Zwei-Drittel-Mehrheit errang, wird der Staat umgebaut. Eine neue Verfassung beschwört Gott, Krone, Vaterland, Christentum, Familie und Nationalstolz, ein umstrittenes Mediengesetz führte zu europaweiten Protesten“, heißt es in der vom DBSH-Vorstand unterzeichneten Erklärung vom 5. November 2011.

„Viele repressive Maßnahmen gegen von Armut betroffene Menschen gipfelten jetzt in einer neuen Verordnung: Das Durchsuchen von Müll nach verwertbaren Lebensmitteln und Gegenständen stellt eine Ordnungswidrigkeit dar. Dagegen haben ungarische Sozialarbeiter mit einer kleinen Straßenaktion friedlich demonstriert. Bei dieser Demonstration wurden einige Sozialarbeiter festgenommen. Der vom Kollegen Norbert Ferencz unterzeichnete Aufruf zu dieser Aktion brachte ihm eine Anklage wegen Landfriedensbruchs ein. In erster In-

stanz wurde er am 4. November zu drei Jahren Haft verurteilt“, heißt es weiter.

„Der DBSH, Mitglied der International Federation of Social Workers (ifsw), protestiert gemeinsam mit vielen anderen europäischen Verbänden auf das Schärfste gegen die Repressalien, denen Kolleginnen und Kollegen in Ungarn ausgesetzt sind.“ Der internationale Ethikkodex der Profession Soziale Arbeit verpflichtet alle Sozialarbeiter, Diskriminierung in jeder Form entgegenzutreten und sich gegen ungerechte politische Entscheidungen und Praktiken zur Wehr zu setzen, die zu sozialem Ausschluss, Stigmatisierung oder Unterdrückung führen.

Ein den Menschenrechten verpflichtetes Verhalten wie das der ungarischen Sozialarbeiter dürfe nicht zu Verfolgung führen, erst recht nicht in der EU. „Der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit fordert die sofortige Aufhebung der Verurteilung des Sozialarbeiters Norbert Ferencz“, so der DBSH-Vorstand.
(05/45/11)

Polizeigewerkschaft fordert lückenlose Aufklärung rechtsextremer Mordserie

(dbb) Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOIG) begrüßt, dass die Bundesanwaltschaft die Ermittlungen im Zusammenhang mit den Verbrechen von Thüringer Rechtsextremisten übernommen hat. Zugleich forderte die DPOIG am 13. November 2011 eine lückenlose Aufklärung der Vorgänge.

Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft, Rainer Wendt, sagte: „Es war richtig, dass die Bundesanwaltschaft die Ermittlungen an sich gezogen hat, denn ganz offensichtlich geht es hier um Verbrechen im rechtsextremen Milieu, die alle bisher gekannten Dimensionen sprengen. Umso wichtiger ist es, dass keine der jetzt offenen Fragen unbeantwortet bleibt. Bislang

sieht es nach einer beispiellosen rechtsextremen Gewaltorgie von Tätern aus, die über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren mitten unter uns lebten.“

Wendt weiter: „Für uns Polizisten ist schon der öffentlich geäußerte Verdacht schrecklich, dass deutsche Behörden in irgendeiner Weise an

der Flucht dieser Verbrecher beteiligt gewesen sein könnten. Diese Vermutung muss definitiv ausgeräumt werden.“ Außerdem müsse darüber nachgedacht werden, „ob wir im Kampf gegen Rechtsextremismus wirklich alle notwendigen Register gezogen haben. Der Erkenntnisgewinn durch Vertrauenspersonen im

rechtsextremen Milieu muss durch verstärkten Einsatz von verdeckten Ermittlern ergänzt werden, denn nur Polizisten können wirklich zuverlässige Informationen beschaffen, die auch einer gerichtlichen Bewertung standhalten“, zeigte sich Wendt überzeugt.
(06/45/11)

VBE für Bildungsinvestitionen statt Steuersenkung

(dbb) Eine „ziellose Steuerpolitik“ wirft VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann der Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP vor. „Die jetzt angekündigten so genannten Steuerentlastungen sind in Wirklichkeit ein erneuter unverantwortlicher Griff in die Taschen der jungen Generation“, sagte Beckmann am 7. November 2011.

„Der Verband Bildung und Erziehung fordert von den Koalitionären, endlich Mittel gebündelt in den Bildungsbereich zu investieren. Es muss Schluss damit sein, aus wahlkampfaktischen Gründen Milliarden Euro zu verplempern. Bildungsinvestitionen haben die höchste Rendite. Die avisierten sechs Milliarden Euro ‚Steuersenkungen‘ müssen für mehr Bildungsgerechtigkeit eingesetzt werden. Bildung ist der Konjunkturmotor Nummer 1.“

Beckmann weiter: „Die Bildungsrepublik Deutschland hat nur eine Chance, wenn der Bildung durch die Politik endlich höchste Priorität gegeben wird. Es müssen handfeste Entscheidungen her, um mindestens die angekündigten zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und Forschung bis 2015 zu sichern.“ Dabei dürfe sich der Staat nicht aus seiner Verantwortung für das öffentliche Bildungswesen herauschleichen und auf mehr nichtstaatliche Finanzierung schielen.
(07/45/11)

Philologenverband verschärft Kritik an „Schultrojaner“-Vertrag

(dbb) Der Deutsche Philologenverband (DPHV) hat seine Kritik am „Schultrojaner“-Vertrag verschärft. Die Vereinbarung zwischen den Kultusministern der Länder und dem Verband der Schulbuchverlage zur Regelung und Abgeltung urheberrechtlicher Ansprüche sei nicht akzeptabel und völlig unzeitgemäß, erklärte der DPhV-Bundesvorsitzende Heinz-Peter Meidinger am 14. November 2011.

Da der Vertrag den Lehrkräften jegliche Verwendung digitalisierter Kopien untersagt, werde die Arbeit mit modernen Medien sowie Lehrerrechnern in der Unterrichtsvorbereitung und -durchführung enorm erschwert. Die Vertragsgestaltung „geht statt von einem modernen mediengestützten Unterricht von einem antiquierten aus dem ‚Kreidezeitalter‘ aus“, kritisierte Meidinger. Es gehe nicht darum, das Urheberrecht auszuhebeln oder Autorenrechte

gering zu schätzen. Es wäre aber sinnvoll gewesen, Lehrern die Verwendung solcher digitalisierter Printdokumente zu erlauben, die nur als Bilddatei vorliegen und nicht einem Texterkennungsvorgang unterzogen wurden. Ohne eine solche Regelung werde die Nutzung moderner Medien erheblich erschwert oder Schulbücher würden bei der Unterrichtsgestaltung für Lehrkräfte zunehmend uninteressant.
(08/45/11)

VDR zur Bildungskonferenz „PISA 2000-2009“: Deutschland muss Vergleich nicht scheuen

(dbb) Der Vergleich der PISA-Untersuchungen zwischen 2000 und 2009 lässt in Deutschland erhebliche Fortschritte bei der Verbesserung der Bildungsqualität erkennen. Das stellte der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR), Jürgen Böhm, am Rande der Tagung „PISA 2000-2009 - den Reformkurs fortsetzen“ fest, zu der die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) am 7. November 2011 in Berlin eingeladen hatte.

„Die Realschulen und die Realschulbildung in Deutschland brauchen den internationalen Vergleich nicht zu scheuen - ganz im Gegenteil. Schon im Jahre 2000 belegten Realschulen in Baden-Württemberg und Bayern nationale und internationale Spitzenplätze, die in den Folgejahren noch ausgebaut wurden“, so Böhm.

Generell sei die positive Entwicklung des Bildungswesens in der vergangenen Dekade hervorzuheben. So sei Deutschland eines der

wenigen Länder der OECD, dessen Bildungssystem sich durchgängig positiv entwickelt habe. Die vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) präsentierte Entwicklungen lassen hierzulande einen signifikanten Anstieg der Lesekompetenz, eine Konsolidierung der naturwissenschaftlichen Kompetenzen und eine deutliche Verringerung der sozialen und migrationspezifischen Disparitäten erkennen.

(09/45/11)

Namen und Nachrichten

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende **Peter Heesen** hat ein Streikrecht für verbeamtete Lehrer erneut abgelehnt. Wer dies verlange, müsse die Forderung zu Ende denken, sagte Heesen dem „Behörden Spiegel“ (Ausgabe vom 8. November 2011). Wer für einen Teil der Beamten das Verbot zu streiken aufheben will, gehe Risiken ein. Der Vorteil, reine Verhandlungsrechte durch ein reales Druckmittel im Arbeitskampf zu ergänzen, könne durch den Verlust anderer Positionen und Rechte aufgehoben werden. „Lehrer, die nicht mehr Beamte sind, gehen früher oder später der Vorrechte dieser Gruppe verlustig: bei der Krankenfürsorge, der relativen Sicherheit des Arbeitsplatzes und der Alterssicherung, um neben der grundsätzlichen Fürsorgepflicht des Dienstherrn nur die wichtigsten zu nennen, so Heesen. Es sei eine Frage der Ehrlichkeit, darauf hinzuweisen.

Die dbb bundesfrauenvertretung hat dem Deutschen Frauenrat zum 60-jährigen Bestehen gratuliert. „Die Gleichstellung von Frauen und Männern gehört in der deutschen Leitkultur zu einer der wichtigsten Aufgaben. Die Fortschritte, die hier in den vergangenen Jahrzehnten erreicht wurden, sind zu einem erheblichen Teil der Arbeit des Deutschen Frauenrates zuzuschreiben. Als Zusammenschluss von über 50 Frauenverbänden ist das Gremium heute die wichtigste Frauenlobby Deutschlands, in der sich auch die dbb bundesfrauen-

vertretung aus voller Überzeugung engagiert“, sagte **Helene Wildfeuer**, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 14. November 2011.

Der dbb Hessen hat auf die zunehmende Arbeitsbelastung im öffentlichen Dienst hingewiesen. Vor allem aufgrund des Personalabbaus verschlechterten sich die Arbeitsbedingungen, sagte Landesvorsitzender **Walter Spieß** in einer Gesprächsrunde von 30 Vertretern von Fachgewerkschaften und Landespolitikern von FDP und Grünen, die der dbb Heesen am 13. November 2011 in Hofgeismar initiiert hatte. Die Politik müsse auf diese Mängel hingewiesen werden. „Die Gesetzgebung wird komplizierter, das Personal weniger und die Arbeitsanforderungen verdichten sich“, sagte Spieß. „Die neue Informations- und Kommunikationstechnologie hat die Beschäftigten nicht spürbar entlastet. Für die Älteren bleibt sie vielfach undurchschaubar.“ Darauf müsse Rücksicht genommen werden. „Wir müssen die älteren Kollegen fördern, dürfen sie aber nicht überfordern“, sagte der Landesvorsitzende.

Der dbb mecklenburg-vorpommern hat den Vorschlag begrüßt, eine Landtagsarbeitsgruppe zur Überprüfung der Arbeitsbedingungen der Lehrer im Lande einzurichten. Der dbb-Landesbund werde dieser Arbeitsgruppe mit

Rat und Tat zur Seite stehen und erwarte „eine ideologiefreie Auseinandersetzung bezogen auf mögliche Verbeamtungen“, sagte Landesvorsitzender **Dietmar Knecht** am 11. November 2011 in Schwerin. Die Laufbahnverordnung des Landes ermöglicht momentan Verbeamtungen bis zum 40. Lebensjahr. Der dbb m-v fordert seit langem Verbeamtungen zur Attraktivitätssteigerung sowie zur Daseinsvorsorge im Bildungsbereich. Knecht empfahl einen „Blick über den Tellerrand nach Brandenburg oder Sachsen-Anhalt“, wo seit Kurzem wieder Verbeamtungen von Neulehrern vorgenommen werden.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) warnt davor, Landespolizisten aus den östlichen Grenzregionen abzuziehen. Die Politik nehme zu wenig Rücksicht auf die Ängste der Menschen vor Kriminalität in grenznahen Gebieten, kritisierte Gewerkschaftschef **Rainer Wendt** am Rande eines Forums zum Schengener Abkommen am 14. November 2011 in Passau. „Wenn die Menschen den Eindruck bekommen, dass sie unsicher leben, entsteht diese Europa-Skepsis, die wir alle nicht wollen“, so Wendt. Bei aller Europabegeisterung sei ein „Kontrolldruck“ wichtig. Die Kontroll-dichte müsse immer der aktuellen Lage angepasst werden können - das verhindere derzeit die EU. „Je besser die Schleierfahndung ausgestattet ist, desto geringer ist die Notwendigkeit, wieder stationäre Grenzkontrollen einzuführen“, sagte Wendt. Er plädierte dafür, an bayerischen Grenzen nur noch Landespolizisten und keine Bundespolizisten einzusetzen. Hier gebe es unnötige Doppelstrukturen.

Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft hat angesichts des bevorstehenden Castor-Transportes nach Gorleben von der Politik verlangt, den eingesetzten Polizeikräften Garantien für ihr notwendiges polizeiliches Han-

deln zu geben. Der Vorsitzende **Ernst Walter** erinnerte am 9. November 2011 an die „unhaltbaren Zustände“ während des vergangenen Castor-Transportes, als die Einsatzkräfte der Bundes- und Landespolizeien durch Blockaden von Atomkraftgegnern über 20 Stunden weitgehend handlungsunfähig gewesen seien. Einsatzkräfte konnten weder ausgetauscht werden, noch funktionierte die Versorgung. Walter forderte, nun schwer zugängliche Streckenabschnitte an den Bahngleisen frühzeitig abzusperren, um dort Proteste zu unterbinden. Zugleich appellierte er an die Demonstranten, bei der Ausübung ihrer Grundrechte auf jede Form von Gewalt zu verzichten und stattdessen die Polizeikräfte bei Ihrer schweren Arbeit zu unterstützen. „Wenn sich alle an die demokratischen Regeln halten, dann kann friedlicher Protest stattfinden, mit dem am Ende viel mehr erreicht werden kann, als mit jeglicher Form von Gewalt.“

Der Deutsche Philologenverband (DPhV) hat die Modifikationen im CDU-Bildungspapier, mit denen sich die Partei zu einem pluralen Schulwesen bekennt, als „richtig und vernünftig“ bezeichnet. Der DPhV-Vorsitzende **Heinz-Peter Meidinger** sagte am 15. November 2011: „Wir begrüßen es, dass die CDU Abschied genommen hat von ihrem ursprünglichen Plan, allen Bundesländern ungeachtet der Ausgangssituation ein einheitliches Schulsystem überzustülpen. Warum sollte es in den Bundesländern nicht auch weiterhin Haupt- und Realschulen geben, wo diese funktionieren und dem Elternwillen entsprechen?“ Der Verband spreche sich grundsätzlich für ein Schulsystem aus, in dem Schülern die Möglichkeit geboten wird, zwischen verschiedenen Schularten, Bildungsgängen und Abschlüssen zu wählen.
(10/45/11)